

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgepaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigealtene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 75.

Sonntag, den 29. März 1919.

17. Jahrgang.

Der Vorfriede.

Am Berliner amtlicher Stelle glaubt man, bis spätestens zum Freitag (28. März) wenigstens indirekt im Besitze der Vorfriedensbedingungen zu sein, die aber wie 1871 denen des eigentlichen Friedens entsprechen werden. Jedenfalls ist die Aufforderung Finanzfachverständige nach Versailles zu entsenden, als Beginn der Friedensverhandlungen anzusehen.

Die Bescheinigung der Pariser Verhandlungen ist auf den Druck Wilsons erfolgt, der allein die bolschewistische Gefahr erkennt. Die Beratungen finden jetzt nur noch zwischen Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando statt; Japan hat sich selbst ausgeschaltet, angeblich, weil es sich nicht in europäische Angelegenheiten mischen will, man glaubt aber in Berlin, daß Japan sehr verstimmt ist, weil Amerika nicht die Gleichberechtigung der Rassen im Völkerbunde zugesichert hat. Auch sonst soll Japan Einzelheiten der militärischen Grundlagen des Völkerbundes nicht billigen, so daß im Augenblick noch Abänderungen erwogen werden. Frankreichs Zustimmung zum Vorfrieden ist durch das Zugeständnis erkauft worden, daß die Rheinprovinz zum Schutze der französischen Ostgrenze entmilitarisiert wird, im übrigen aber bei Deutschland verbleibt. Trotzdem ist die Verstimmung Frankreichs gegen Wilson derart, daß von dem Rücktritt Clemenceaus gesprochen wird. Dem starken Druck Wilsons soll auch die unmittelbar bevorstehende Aufhebung der gesamten Blockade gegen Deutschland zu verdanken sein. Dagegen scheint die Frage der deutsch-polnischen Grenze noch in der Schwebe zu sein, immerhin ist anzunehmen, daß die Truppen des Generals Haller nicht in Danzig, sondern in Königsberg landen werden.

Nach den letzten in Berlin eingelaufenen Meldungen gestalten sich die Pariser Beratungen tatsächlich zu einer Krise. Trotz seiner Volkstümlichkeit befürchtet Clemenceau einen ernstlichen Rückschlag der Stimmung in der Deputiertenkammer. Er hat sich deshalb den Marschall Foch zur Unterstützung herbeigeholt. Trotz alledem hält die Nervosität der französischen Regierung über die plötzliche Verschleppung der Konferenz an. Besonders in der Presse macht sich eine große Erbitterung bemerkbar, die sich zumeist auf erbitterte Angriffe auf den Rat der Foch erstreckt, der beschuldigt wird, wertvolle Zeit durch Kleinlichkeiten verträdeln zu haben. Andere Vorwürfe gehen dahin, die bolschewistische Gefahr unterschätzt und nicht auf die Warnungen Fochs gehört zu haben, der schon am letzten Montag unter Voraussetzung einer ungünstigen Wendung der Dinge Vorschläge auf Besserung der militärischen Lage der Verbandsstruppen im Osten und besonders im Gebiete des Schwarzen Meeres gemacht hatte. Diese Vorschläge wurden aber von der Regierung nicht angenommen. In Berlin sieht man der Entwicklung der Dinge mit absoluter Gelassenheit entgegen.

Endlich die Antwort.

Berlin, 27. März. Ausländische Blätter hatten vor einiger Zeit Ausführungen von Lloyd George und Pichon mitgeteilt, wonach es übereinstimmende Ansicht dieser beiden Staatsmänner ist, daß die Friedenskonferenz sich nicht auf Verhandlungen mit der deutschen Delegation einlassen werde. Die Deutschen müßten sich damit begnügen, den ihnen von den feindlichen Regierungen vorgelegten Friedensvertragsentwurf anzunehmen oder abzulehnen. Daraufhin hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatsminister Erzberger, am 19. März in Spaa eine Anfrage stellen lassen, in welcher eine Auskunft darüber verlangt wurde, ob die erwähnten Neußerungen den Tatsachen entsprechen.

Am 26. März ist von Marschall Foch in Spaa folgende Antwort eingegangen:

Lord Georges und Pichon haben niemals die Erklärung abgegeben, welche ihnen zugeschrieben worden ist und welche die Anfrage veranlaßt hat, die am 19. März von dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission gestellt worden war.

Auf jeden Fall Frieden!

- a. Auslassungen eingeweihter Kreise lassen darauf schließen, dank der zunehmenden Verstimmung unter den feindlichen Verbandsmächten, daß die Friedensausichten für Deutschland sich täglich erheblich bessern. Wilson hat es abgelehnt, den Verbänden mit Truppen und Geld gegen die Bolschewisten zu helfen mit dem Ergebnis, daß England aus sei er anfänglichen Verstimmung gegen Amerika jetzt mit diesem zusammen Frankreich anklagt, durch seine übertriebenen Ansprüche die Ausbreitung des Bolschewismus gefördert zu haben. Aus demselben Grunde hat auch Italien Truppenbewegungen nach Ungarn abgelehnt, nach Ansicht Berliner Kreise allerdings mehr aus Furcht vor deren Versuchung durch den Bolschewismus. Immerhin werden in Konstantinopel sehr starke Truppenmassen zusammengezogen, die mit Rumänien gegen die russischen und ungarischen Bolschewisten kämpfen sollen. Unter den obwaltenden Umständen ist es Wilson gelungen, weitere Erleichterungen für Deutschland durchzusetzen und zwar darin, daß Deutschland nur den wirklich angerichteten Schaden zu vergüten haben wird. Da aber die Finanzfachverständigen des Verbandes erklären, daß die hierfür festgesetzte Summe von 140 bis 180 Milliarden die deutsche Leistungsfähigkeit übersteige, wurde der von Deutschland zu fordernde Betrag von Wilson, Lloyd George und Orlando auf 80 bis 120 Milliarden Mark herabgesetzt. Clemenceau nahm an der betreffenden Sitzung nicht teil, weil er sich der Ansicht der übrigen, der Friede müsse schleunigst um jeden Preis geschlossen werden, bis dahin noch nicht angeschlossen hatte.

Gleichzeitiger Friedensschluß mit allen Mächten.

Paris, 27. März. (Zu.) Die „Chicago Tribune“ erfährt aus Paris, daß gestern dort der aufsehenerregende Beschluß gefaßt wurde, mit allen feindlichen Mächten gleichzeitig Frieden zu schließen und daß dieser Beschluß eine Wirkung des italienischen Ultimatus vom Sonnabend sei, das gleichzeitig den Abschluß des Friedens mit Oesterreich und Deutschland verlangt. Man habe dies zuerst abgewiesen, sich die Sache aber nach den ungarischen Ereignissen anders überlegt.

Die Versailler Finanzkommission.

„W. L. B.“ meldet:
Wie bereits mitgeteilt wurde, reist auf Veranlassung des Obersten Wirtschaftsrates der Alliierten eine deutsche Finanzkommission noch im Laufe dieser Woche nach Versailles.

Die Note, durch welche der Vorsitzende der „britischen Sektion der permanenten internationalen Waffenstillstandskommission“ in Spaa den Entschluß der Alliierten zur Kenntnis der deutschen Waffenstillstandskommission gebracht hat, ist vom 24. März und hat folgenden Wortlaut:

Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß der Oberste Wirtschaftsrat in Paris folgende Beschlüsse gefaßt hat:

1. daß die deutsche Regierung eingeladen wird, einen kleinen Finanzausschuß, sechs Mitglieder einschließlich der Sekretäre nicht überschreitend, nach Versailles zu entsenden;

2. diesem Ausschuss werden alle Erleichterungen gewährt sein, um sich schnell mit der deutschen Regierung verständigen zu können. Er wird der reguläre Verbindungsweg sein, um mit der Finanzabteilung des Obersten Wirtschaftsrates alle wichtigen Finanzfragen zu behandeln, und insbesondere wird er ermächtigt werden, zu verhandeln über:

a) Fragen, die sich auf verfügbare oder requirierte Werte beziehen,

b) Fragen über deutsche, sofort in den neutralen Ländern fällig werdende Verbindlichkeiten und Verfügungen über den Goldexport,

c) die Methode, wie die dem Export nach den neutralen Ländern entstammende Geldsumme für die Bezahlung der Lebensmittel sicherzustellen ist.

Von deutscher Seite werden sich an den Verhandlungen in Versailles beteiligen:

Bankier Max Warburg (Hamburg), Dr. Melchior (Hamburg), Dr. von Stauff (Deutsche Bank), Dr. Urbig (Diskonto-Gesellschaft), Herr Merion (Inhaber der Metall-Aktien-Gesellschaft), Bankdir. Bergmann, Württemb. Regierungsrat Schall, Legationsrat Freiherr von Versner.

Sequestration des Eigentums Wilhelm des Zweiten in Elaf-Volbringen.

Wie das „Bulletin Officiel Alsace et de Lorraine“ bekannt gibt, befindet sich unter dem unter Sequestration gestellten deutschen Besitze auch das gesamte Eigentum des Kaisers an Gütern, Schlössern und Besitzungen, darunter die Hofkönigsburg bei Schlettstadt, sowie die Besitzungen des Kaisers in den Gemeinden Unville und Courcelles-Chauffy.

Die Pariser Verhandlungen.

III. Amsterdam, 27. März. „Lemps“ berichtet: Die vier regierenden Hüpter von Amerika, England, Frankreich und Italien sind am Mittwochmorgen im Hotel des Präsidenten Wilson mit diesem zusammengekommen.

Es steht noch nicht fest, daß alle feindlichen Mächte gleichzeitig eingeladen werden sollen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und daß die mit ihnen zu schließenden Verträge vereinigt werden sollen, wie dies die in englischer Sprache in Paris erscheinenden Blätter ankündigten. Augenblicklich scheinen die alliierten Regierungshäupter sich nur mit den Friedensbedingungen für Deutschland zu beschäftigen.

Unser Recht auf unsere U-Boote.

Die deutsche Regierung ließ in Spaa den Alliierten mitteilen, daß sie sich, falls die Nachrichten über den Verkauf deutscher U-Boote auf Wahrheit beruhen, alle Rechtsansprüche aus derartigen, den Friedensverhandlungen vorgehenden Vorgehen vorbehalten.

Weimar.

Weimar, 26. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Ministerpräsident Scheidemann:

Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei, ein Appell an die höchste Instanz, an das Gewissen der Menschheit. Unsere Landsleute in den besetzten Gebieten wollen bei Deutschland bleiben, weil sie nicht anders als solche fühlen können. Aber sowohl die äußerste Linke als die Rechte arbeiten gegen uns. Am letzten Sonntag fanden in Berlin Protestversammlungen seitens des

Bundes deutscher Offiziere

statt. Diese Herren brachten es fertig, durch Abhängen des „Heil Dir im Siegerkranz“ und Ausbringen des Kaiserhochs die Gesetze des Volkes zu mißbrauchen. Das war Landesverrat, aber wir werden uns die Errungenschaften der Revolution nicht durch eine Handvoll Reaktionsäre rauben lassen. Die Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Versammlungen darf nicht zu leichtfertig beurteilt werden. Ludendorff hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil des Staatsgerichtshofes verlangt; er soll es haben. Ich habe im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir auf das schnellste die Errichtung eines Staatsgerichtshofes bevorzugen werden.

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über Mittelstand und Kleinvertrieb.

Abg. Dr. Sigo (Deutsche Volkspartei): Wir lehnen es ab, daß der Staat und die Gemeinden den Kleinvertriebenen durch Sozialisierung der Fleischereien, Bäckereien und des Baugewerbes Konkurrenz machen.

Abg. Wurm (Unabhängiger): Der Niedergang des Mittelstandes ist eine nicht aufzuhaltende Tatsache. Sollen wir dem Mittelstand nur die Sozialisierung und der Kommunismus?

Abg. Wiener (Deutschnationale Volkspartei): Wir verlangen die Errichtung eines besonderen Referats für Handwerk und Gewerbe beim Reichsministerium.

Hiermit schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Notetat.

Preussischer Landtag.

Berlin, 26. März. Beginn 12 Uhr. Das Haus tritt in die Besprechung der gestern abgegebenen Regierungserklärung ein.

Abg. Haas (Soz.): Wir begrüßen mit Freuden, daß der deutsche Einheitsstaat angestrebt wird. Solange wir ihn aber nicht haben, müssen wir die preussische Staatseinheit erhalten. Erfreulich war auch die Erklärung über das Gemeinbewahlrecht. Besonders wichtige Aufgaben wird auch das neue Wohlfahrtsgesetz zu erfüllen haben. In der Wohnungsfürsorge und Gesundheitspflege muß alles Nötige getan werden.

Abg. Forch: In den Schulen darf, auch wenn kein Religionsunterrichtszwang besteht, der Glaube der Kinder nicht gefährdet sondern muß gefördert werden.

Abg. von Kardorff (Deutschnational): In dem Augenblick, wo wir vor den neuen Aufgaben eines neuen Preußens stehen, gedenken wir in tiefer Beunruhigung, aber auch in tiefer Dankbarkeit des alten Preußens, dessen Größe und dessen Verdienste um die Kulturaufgaben selbst der jetzige Ministerpräsident anerkannt hat. Es ist ein Vorgang unerhörter Art, wie man das preussische Offizierskorps, das man uns in der Welt vergeblich nachzumachen versucht hat, mit Schmutz und Schande beworfen hat. (Große Unruhe links, Zustimmung rechts). In der Tat, die auf dem Felde der Ehre geblieben sind, sie können glücklich sein, daß es ihnen erpart geblieben ist, ihr Vaterland in einer Verfassung wiederzusehen, wo das Banner der Wehrlosigkeit und Ehrlosigkeit aufgeflogen ist. (Stürmische Unterbrechung links. Rufe: Wer ist Schuld daran? Sie, gerade Sie!)

Die Revolution hatte keinen Dank für die Verdienste des seitherigen Herrscherhauses. Die Revolution war das größte Verbrechen am deutschen Volke. Wir verlangen darüber Auskunft, was die Arbeiter- und Soldatenräte geleistet haben und was sie dem Lande kosten.

(Präsident Leinert ruft den Redner zur Ordnung.)

Die verschwendeten Gelder sind wohl in die Taschen der kommunistischen Agitation geflossen. Wir halten eine gewisse Kontrolle für unentbehrlich. Auch wir fordern eine innere Kolonisation; diese darf aber nicht den Besitz der Großbetriebe gefährden.

Ministerpräsident Birsch: Diese provokatorische Rede macht auf mich auf den Eindruck eines Signals der Gegenrevolution. Die Rede zeigt, daß die Regierung den reaktionären Strömungen mit aller Entschiedenheit entgegenarbeiten muß. Die Beamten haben der neuen Regierung zum Teil einen passiven Widerstand geboten.

Finanzminister Dr. Südekum: Die Räte haben für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung sich große Verdienste erworben.

Abg. Cassel: Wir stimmen dem Programm der Regierung zu, denn Freiheit und Frieden sind die einzigen Grundlagen, auf denen sich unser Staatsleben wieder entwickeln kann. Es ist nicht wahr, daß man bei der Auswahl der Personen für die Minister von bürgerlicher Seite einen Druck auf uns ausgeübt hat. Die große Anzahl der politischen Prozesse erklärt sich aus dem Strafenstumpfen, die die Herren Rosenfeld und Genossen auf dem Gewissen haben. Eine Amnestie für die Verurteilten dieser Voränge darf auf keinen Fall erlassen werden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wir wissen, daß Spartakisten und Unabhängige für einen neuen Generalfreiß werden. Solange uns dieser droht, können wir den Belagerungszustand unumwählig aufheben.

Donnerstag 11 Uhr Fortsetzung. Formliche Anfragen und Anträge. Schluß 7 Uhr.

Lebensmittelpreise unter der Revolution.

All die schönen Hoffnungen, die die Revolutionsheger den Arbeitern und Arbeiterfrauen gemacht hatten, all die Verheißungen reichlicher und billiger Lebensmittel sind schmählich zu Schanden geworden. Die Hungersnot steht unmittelbar vor der Tür, und zwar verschuldet diesen Zustand gerade die Revolution. Und auch für diejenigen Lebensmittel, die noch zu haben sind, werden die Preise immer unerschwinglicher.

In Berlin ist der Brotpreis mit einem Schlage wieder um 9 Pfennig erhöht worden. Damit kostet das „Viergroschenbrot“ nicht weniger als 134 Pfennig. Und dabei ist es so minderwertig, daß man, wie die Hausfrauen klagen, kaum noch halb so weit damit kommt, wie früher. Gegen den Preis, wie er im Dezember stand, ist das Brot in Berlin hiermit um gegen 30 vom Hundert teurer geworden. Obendrein ist eine weitere Erhöhung des Brotpreises schon in nächster Zeit zu erwarten.

Die Bäckermeister sind durchaus unzufrieden mit der jetzigen Preisfestsetzung, sie hatten eine Preisermäßigung um mindestens 10 Pfennig als durchaus notwendig bezeichnet, wenn sie nur einigermaßen einen Ausgleich für die gestiegenen Betriebskosten, das heißt die ins maßlose gesteigerten Lohnforderungen der Hilfsen haben sollen. Dem bezeichnenderweise liegt der Grund für die neue Brotverteuerung in den emporgeschraubten Ansprüchen der Arbeiter, also direkt in der Revolution, die ja nach dem Eingeständnis selbst der Sozialistenführer vielfach lediglich in eine schamlose Lohnverpressung entartet ist.

Ebenso steht es mit anderen Lebensmitteln. Die Milchversorgung der Städte, mit deren Mängeln die entsetzliche Kindersterblichkeit zusammenhängt, ist unter der revolutionären Miswirtschaft gänzlich ins Stocken geraten.

Die um der sozialdemokratischen Parteideflamme willen angeordnete vorübergehende Erhöhung der Fleischration hat den Viehbestand vollends vernichtet. In einer halbamtlichen Auslassung über die Fettlieferungen der Feinde wird vor zu hochgespannten Hoffnungen darauf gewarnt: sie werden nur ansprechen, den Anfall von Butter wertzumachen, der Monat für Monat in immer höherem Maße festzustellen ist und der auch weiterhin anhalten wird. Die Milchbestände sind Woche um Woche zurückgegangen, es muß damit gerechnet werden, daß der Niedergang der Milch- und Butterproduktion in der nächsten Zeit einen besonders hohen Grad erreichen wird.

Die sozialdemokratische Regierung jammert zwar fortgesetzt über die furchtbare Kindersterblichkeit, unter ihrer fürsorglichen Wirtschaft aber erreichte der Milchpreis in Berlin die erschreckende Höhe von 56 Pf. Und dieser Preis steht auch nur auf dem Papier. Tatsächlich wird statt der Frischmilch meist kondensierte geliefert, von der das kleine Büchsen 1,45 M. kostet, unter der Hand aber mit 5 bis 10 Mark verschoben wird.

Der Eierpreis in den Großstädten ist derartig, daß dieses Jahr dort wohl die meisten Haushaltungen selbst zu Ostern kein Ei zu sehen bekommen werden. Denn war sonst die Zeit im Jahre, wo die Eier im Überfluß und billig vorhanden waren. Und bei dem großen Ausschlag, den die Hühnerzucht in Deutschland während des Krieges genommen hatte, und nach dem so außerordentlich milden Winter hätte man annehmen sollen, wir würden mit Eiern jetzt zum Frühjahr reichlich und auch einigermaßen wohlfeil versorgt werden. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Während noch im vorigen Jahr, mitten im Striege, wo der riesige Bedarf für das Meer zu berechnen war, in Berlin das Ei 30 bis 35 Pfennig kostete, ist jetzt der amtliche Preis auf 70 Pfennig angelegt, und unter der Hand wird mehr als das Doppelte gegeben, 1,80 Mark gilt jetzt als der Schleichhandelspreis für ein Ei, soweit Eier überhaupt zu erhalten sind. Der Eierpreis der Eier ist in den letzten Jahren etwa folgendermaßen gestiegen: 7, 10, 25, 35 Pf. und jetzt, unter der Revolution auf 70 Pfennig! Daß dieser mehr als ukrainische Preis für „Auslandsware“ gelten soll, nützt den Konsumenten nichts; denn bekanntlich ist trotz der Aufrechterhaltung der Blockade immer alles, was gerade recht begehrt ist, ausländische Ware. Besonders jetzt unter der „neuen Ordnung“ der Revolution blüht ja der Verkehr mit Lebens- und Genussmitteln zweifelhaftesten Ursprungs, so daß das Nachforschen nach dem Ursprunge längst nicht mehr als zweckmäßig angesehen wird.

Der Kartoffelpreis ist unter der Revolution, trotzdem es gerade die Zeit der Kartoffelernte war, von 10 auf 12 Pfennig für das Pfund emporgeschraubt worden.

Desgleichen der Fleischpreis, soweit eine Versorgung mit Fleisch überhaupt noch stattfindet, von 5 Mark auf 5,70 Mark und 6,40 Mark für das Kilogramm. Und eine weitere Verteuerung des Fleisches sieht den Berlinern bevor. Denn es sind beträchtliche Erhöhungen der Schlacht- und Viehunterstützungsgebühren beantragt, um eine Mehreinnahme von 2 Millionen Mark zu erzielen, und darüber hinaus eine vielfach noch über das Doppelte festgesetzte Erhöhung der verschiedenen Gebühren für Benutzung der Einrichtungen des Vieh- und Schlachthofes.

Und damit die Kosten der Zubereitung der immer teurer werdenden Speisen auch entsprechend in die Höhe geschraubt werden, steigt man den Gaspreis sprunghaft empor. Man kann das nun so mehr, da bei dem gänzlichen Versagen der Kohlenversorgung die Hausfrauen fast völlig auf das Gas angewiesen sind.

In Berlin soll der Gaspreis jetzt auf 37 Pfennig erhöht werden, während er im Frieden 16 Pfennig und auch während des Krieges nur 20 Pfennig für das Raummeter betrug. Erst zu Anfang dieses Jahres, also unter der Revolution, sprang er plötzlich auf 30 Pfennig, und nun soll er um weitere 7 Pfennige erhöht werden. Und dabei ist das gefaserte Gas so schlecht, daß der Heizwert um mehr als den dritten Teil gesunken ist. Man ist sonach zum Verbrauch einer größeren Menge gezwungen, selbst auf die Gefahr hin, obendrein noch hohe Strafgebühren bezahlen zu müssen. So sehen die den Frauen verheißenen Wohlthaten der Revolution aus! Da ist es kein Wunder, wenn gerade die Frauen oft genug das bezeichnende Wort ausrufen: Früher war es doch ganz anders!

Die Verteilung der Auslandslebensmittel.

Bezüglich der aus dem Auslande hereinkommenden Lebensmittel herrscht vielfach Unklarheit, die ebenso zu übertriebenen Hoffnungen auf eine Besserung der Ernährungslage wie zu Verurteilungen über die gerechte Verteilung der eingeführten Mengen Anlaß gibt. Demgegenüber wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß die Auslandslebensmittel ausschließlich der Bewirtschaftung durch die Behörden zugeführt und innerhalb des bestehenden Versorgungssystems an die notleidenden Bezirke geleitet werden. Sie werden in erster Linie zur Aufrechterhaltung der bisherigen Rationen benötigt. Ohne die Auslandslebensmittel hätten diese, wie vor dem Lebensmittelabkommen betont worden ist, nicht aufrechterhalten werden können.

Bei voller Lieferung der in Aussicht gestellten Mengen ist zu hoffen, daß allmählich auch eine Erleichterung der Ernährungslage durch Ausgabe von Zufahrtsrationen erzielt werden kann. Zusicherungen in dieser Hinsicht können so lange nicht gegeben werden, wie die Höhe der Sendungen noch nicht zu übersehen ist. Selbstverständlich würden auch die Mengen, die sich nach Sicherstellung der gegenwärtigen Rationen jeweils als Ueberschuß ergeben, der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen und innerhalb des Rationierungssystems durch die Kommunalverbände verteilt werden.

Ausreise der Bremer Handelsflotte.

Bremen, 27. März. Trotz anfangs hartnäckiger Weigerung eines großen Teiles der Seeleute, die deutschen Handelsschiffe nach England und Frankreich zu überführen, ist nunmehr die Ausreise der an die Verbündeten abzuliefernden Schiffe gewährleistet. Nachdem bereits gestern und vorgestern mehrere Dampfer von Bremen bzw. Bremerhaven ausgelaufen sind, gingen heute morgen die Klondampfer Zeppelin, Prinz Friedrich Wilhelm und Walde in See. Der Dampfer Meiningen wird heute nachmittag folgen. Für morgen ist die Ausreise der Klondampfer Prinz Ludwig, Gießen, Frankfurt und Altenburg angesetzt. Die übrigen Dampfer des Norddeutschen Lloyd verlassen Bremerhaven, sobald sie reisefertig sind.

Kundschau.

Angriffe der Polen in Posen.

Berlin, 27. März. Von verschiedenen Teilen der posen-

schen Front werden wieder Vorzüge des Gegners gemeldet, insbesondere bei Rawitsch und Fradadt, an der Neufont südlich Colmar und südwestlich Bromberg. Nördlich Kempen richteten die Polen wiederum ihr Feuer gegen Zielfeldarbeiter. In ihren Lagermeldungen funken die Polen fortgesetzt Berichte über ein heftiges Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Daß dieses Infanterie- und Maschinengewehrfeuer von den polnischen Truppen abgegeben wurde und von unseren Truppen nur gezwungen erwidert wird, bleibt verschwiegen.

Posen, 27. März. Die Polonisierung der höheren Schulen des Aufstandsgebietes setzt nach Ostern ein. Hierdurch werden zweihundert deutsche Oberlehrer brotlos.

Pinsk von den Polen besetzt.

Warschau, 27. März. Grodno ist in polnischer Verwaltung; die russische Armee ist völlig geschlagen und Pinsk von den Polen besetzt. Die Bolschewisten haben viel Schießbedarf, Maschinengewehre, Fahrzeuge und die Kommissariatskasse mit einer halben Million Rubel zurückgelassen. In Pinsk haben die polnischen Behörden eine Miliz aus Russen, Juden und Polen aufgestellt.

Eingreifen der Entente in Ungarn.

Saag, 27. März. Pariser Berichten zufolge haben die Alliierten nunmehr beschloffen, in Ungarn mit bewaffneter Hand einzugreifen und es herrscht in Marjeille sehr lebhaftige Tätigkeit, da von dort aus die Truppen verschifft werden sollen. General Mangin ist zum Oberkommandierenden der Rekonstitutionsarmee ernannt worden.

Der Entente-Diktator Ungarns gefangen?

Prag, 27. März. Wie aus Budapest gemeldet wird, ist das Haupt der militärischen Mission Doerst Boz v r wundet und befindet sich in Gefangenschaft. Dem Major Freemann von der britischen Militärmission gelang es, aus Budapest zu entkommen. Einer nicht bestätigten Meldung zufolge soll Karolyi ermordet worden sein.

Der neue Krieg.

Rotterdam, 27. März. General Manth soll aus der Pfalz nach Paris berufen werden, um dort einen neuen Balkan-Generalstab zu organisieren. Die angesehenen Londoner „Westminster Gazette“ schreibt: Die Entente werde genötigt sein, die bolschewistische Armee am Ueberschreiten der russischen Grenze zu verhindern. Deshalb müsse man die Rechnung mit Deutschland bald zu Ende bringen. Die Mehrheit der Deutschen und Magyaren sei, so meint das Blatt, gegenüber den bolschewistischen Ideen unempfindlich.

Rumänischer Vormarsch nach Ostgalizien.

Krakau, 27. März. (U.) Nach der „Nowa Reforma“ wird aus Stanislaw gemeldet, daß rumänische Truppen in der Stärke von zwei Armeekorps die ostgalizische Grenze überschritten haben.

Ost-Orientierung.

— a In einem Leitartikel „Am Scheidewege“ beschäftigt sich die Daily Mail mit den Pariser Beschlüssen über Rußland und unternimmt dabei einen neuen Vorstoß gegen Deutschland, das den Bolschewismus nicht bekämpfe, sondern unterstütze. Graf Brodorff-Ranhou habe sich bereits einen Millionenfonds für Zeitungspropaganda in Rußland gesichert. In diesen Behauptungen des englischen Blattes ist ein Kern Wahrheit insofern nämlich, als die deutsche Außenpolitik sich tatsächlich wieder östlich zu orientieren bemüht. Nach Versicherungen gut unterrichteter Kreise lebt der Außenminister nämlich der Meinung, daß Lenins letzte Rechtschwankung eine Annäherung gestatte. Dieselben Kreise warnen aber vor zu großer Leichtgläubigkeit gegen Sowjet-Rußland, trotz augenscheinlichen Beweisen ist es im Gegenteil nicht im geringsten von seinen imperialistischen Plänen abgekommen. Selbst die Bereitschaft Deutschlands, den Frieden von Brest-Litowsk aufzuheben, gebe keine Gewähr für ein ersprießliches Zusammengehen mit Rußland. Soviel wir wissen, ist die deutsche Regierung von diesen ersten Bedenken der Kenner der russischen Verhältnisse unterrichtet worden, trotzdem kann erwartet werden, daß die der Regierung nahestehenden Kreise in nächster Zeit die Frage der Ostorientierung eingehend erörtern werden.

Eine neue Spartakus-Tat.

Magdeburg, 27. März. Spartakisten stürmten in Tangermünde einen im Hafen liegenden Schlepplug mit Proviant, der für den Grenzschutz bestimmt war. Sie plünderten die Schiffe aus. Derbegehrtes Militär wurde mit Schüssen empfangen. Darauf machten die Truppen ebenfalls von ihrer Waffe Gebrauch. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Den Truppen gelang es schließlich, den Hafen zu säubern.

Streikbewegung im Ruhrgebiet.

— a. Die von uns wiederholt erwähnte Wühlarbeit der Kommunisten im Industriegebiet hat dort bereits eine ungeheure

Verungung geschaffen. Von Arbeitsfälle zu Arbeitsfälle wird für den Generalstreik geworben, wofür sich vielfach die Werksbeamteten hinter die Arbeiterchaft stellen. Die Bildung von Bürgerwehren gegen terroristische Ausschreitungen und Plünderungen wird von den Arbeiterräten verhindert, dafür aber nachdrücklich Stimmung für die Errichtung einer Ruhrrepublik nach russischem Muster gemacht. Saison für die nächste Zeit wird mit dem Ausbruch ernstler Unruhen gerechnet.

Essen, 26. März. Die Streikbewegung hat im Bergbau des Ruhrgebiets immer größeren Umfang angenommen. In der heutigen Frühlingszeit waren die Belegschaften zahlreicher Zechen in den Ausstand getreten. Zum größten Teil sind die Arbeitsniederlegungen mit den in Witten vorgekommenen Unruhen in Verbindung zu bringen. Im besetzten Gebiet streift ferner die Belegschaft der „Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft“.

Politische Tagesschau.

— Briefwechsel des Kaisers mit dem Kronprinzen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht einen Brief des Kaisers an den Kronprinzen vom 9. November. Er lautet:

„Mein lieber Junge!

Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Eiderarbeit im Hauptquartier nicht mehr verbringen könne und daß auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schweren inneren Kämpfen entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen. Ich rate Dir, bis zum Abbruch des Waffenstillstandes auf Deinem Posten auszuharren. In Berlin bekämpfen sich unter Führung von Ebert und Liebknecht zwei Regierungen. Hoffentlich auf Wiedersehen in besseren Zeiten.

Dein treuer Hegebeugter Vater
Wilhelm.

Der Kronprinz wollte bei seiner Armee bleiben. Er veranlaßte deshalb am 11. November folgende Anfrage an den damaligen Reichskanzler Ebert:

„Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat den dringenden Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um wie jeder andere Soldat seine Pflicht zu tun. Er wird sein Heer in starrer Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückführen und verpflichtet sich, in keiner Weise in dieser Zeit gegen die jetzige Regierung etwas zu unternehmen. Wie stellt sich die Regierung zu dieser Frage?“

Am nächsten Abend lief folgende Antwort ein:
„Nach Vortrag des Kriegsministers Scheidt muß die Regierung die Anfrage des Kronprinzen in verneinendem Sinne beantworten.“

Dies meldete der Kronprinz in einem Briefe vom 11. November an Hindenburg, womit er seine Reise nach Holland begründete. In diesem Schreiben führt er über seine Stellung zur Kriegspolitik aus:

„Im Gegensatz zu vielen ungerechten Stimmen, die mich von jeder als Kriegsheber hinzustellen sich bemüht haben, habe ich von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß dieser Krieg für uns ein Verteidigungskrieg war. Immer wieder habe ich in den Jahren 1916, 1917 und 1918 den maßgebenden Persönlichkeiten gegenüber mündlich und schriftlich betont, daß Deutschland mit allen Mitteln das Ende des Krieges suchen und froh sein müsse, sich gegen die ganze Welt auf dem Status quo zu behaupten. Seit Jahr und Tag habe ich in den vielen Unternehmungen mit General Ludendorff, einem weiten Verständigungsfrieden das Wort geredet und die Auffassung vertreten, daß die Gelegenheit hierfür die günstigste war, als wir vor und während der Frühjahrsoffensive macht- und kraftvoll dastanden. Diese meine Auffassung habe ich auch dem Reichskanzler Prinz Max von Baden noch vor wenigen Tagen schriftlich dargelegt. Trotzdem bin ich, als die Nacht der Ereignisse meinen Herrn Vater vom Throne stürzte, nicht nur nicht gehört worden, sondern man ist über mich als Kronprinzen und Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen. Ein Bericht ist von mir weder gefordert noch geleistet worden.“

— Die Befolgung des Reichspräsidenten. Zu der vielfach in der Presse angelegenen Frage des Gehalts des Reichspräsidenten wird von zuständiger Seite mitgeteilt:

Außer den 100 000 M. monatlich werden dem Reichspräsidenten keine anderen Bezüge gewährt. Das Gehalt ist nicht nur für seine persönlichen Bedürfnisse berechnet, es werden damit vor allem die Kosten für das Büro des Präsidenten und die Gehälter für das Personal bestritten. Der Präsident wird genaue Rechnung ablegen und einen sich ergebenden Ueberschuß am Ende seines Provisoriums zurückgeben. Die mehrheitsparteiliche Fraktion wird demnächst einen Antrag einbringen, daß dieser Etatsatz durch den Haushaltsausschuß zu überprüfen sei.

— Preussische Unterstaatssekretäre des Zentrums. Das Unterstaatssekretariat im Kultusministerium ist, wie die „Germania“ erzählt, dem Zentrumsgewählten Professor Dr. Wildermann angeboten worden, während in das Landwirtschaftsministerium von Seiten des Zentrums der Abgeordnete Busch entsandt werden soll, der sich durch seine langjährige Tätigkeit in rheinischen Bauerverein einen Namen gemacht hat.

— Zum Regierungspräsidenten in Frankfurt an der Oder wird der Sozialdemokrat Ludwig Bartels ernannt, ein Kriegsschädigter, der früher leitender Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ in Kottbus war.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Drtmann.

211

(Nachdruck verboten.)

„Ah, wie merkwürdig!“

„Merkwürdig? Inwiefern?“

„Weil ich mit dem namlichen Vorfaz hierhergekommen bin. Aber — bitte — Sie haben natürlich den Vortritt! Und Sie sehen mich äußerst gespannt.“

„Ich wollte Ihnen eine Auflösung unseres Pachtverhältnisses vorschlagen — eine gütliche Verständigung über Ihren alsbaldigen Rücktritt von dem mit meinem verstorbenen Oheim geschlossenen Verträge.“

„Wahrhaftig? Das ist eine Ueberraschung, auf die ich allerdings nicht gefaßt war. Und aus welchen Gründen?“

„Ich möchte die Bewirtschaftung des Vorwerks und den Betrieb der dort etablierten industriellen Werke selbst übernehmen.“

„Allen Respekt vor Ihrem Mute, Herr von Prettin! Sie würden nämlich sehr wenig Freude daran erlebt haben. Ich weiß von der Rentabilität dieser Betriebe ein gar klägliches Lied zu singen.“

„Um so zuverlässlicher rechne ich auf Ihre Bereitwilligkeit, meinen Vorschlag anzunehmen. Daß ich Ihnen eine angemessene Abfindung bewilligen würde, ist selbstverständlich. Sie haben wohl die Freundlichkeit, mir nach reiflicher Ueberlegung brieflich Ihre Forderung mitzuteilen!“

„Es bedarf für mich nicht der geringsten Ueberlegung, um Ihren lebenswürdigen Vorschlag zu beantworten. Mit bestem Dank für die gute Absicht muß ich ihn zu meinem Bedauern auf das bestimmteste ablehnen.“

Joachim Prettins Stirn hatte sich beschattet. Seine Haltung, die immer steifer und gemessener wurde, bewies, wie unangenehm ihn der Gesprächston des andern berührte.

„Sagten Sie nicht soeben, daß Sie mit der Rentabilität Ihrer Pachtung sehr wenig zufrieden seien?“

„Ja. Und damit sagte ich leider nur die reine

Wahrheit. Aber wenn die Verhältnisse für mich auch von Anfang an ein großer Reinsfall gewesen ist — davon laufen möchte ich deshalb doch noch nicht. Es wäre gegen meine Natur und gegen meine Grundsätze, Herr von Prettin! Außerdem habe ich die Scholle, auf der ich da stehe, nach und nach liebgewonnen — und Verliebtheit ist noch immer ein kostspieliges Vergnügen gewesen. Das weiß ich aus alter Erfahrung.“

Der geistreiche Scherz schenkte den abweisenden Ernst nicht aus den Zügen des jungen Gutsheeren.

„Ich hoffe, Sie werden sich mein Anerbieten trotzdem noch überlegen“, sagte er sehr kühl. „Aber sprachen Sie nicht von der Absicht, mir Ihrerseits einen Vorschlag zu unterbreiten?“

„Ja. Und er ist vermutlich auf demselben Boden gewachsen wie der Ihrige. Grabow ist an und für sich nicht viel wert, und Hohen-Rauten — Sie verzeihen mir die Offenheit, Verehrtester! — Hohen-Rauten auch nicht. Es war eben ein großer Fehler Ihres Herrn Onkels, daß er sich von seiner Geldklemme bestimmen ließ, den Besitz gewissermaßen zu teilen. Er muß in einer Hand sein, wenn überhaupt noch mal was daraus werden soll. Diese Erkenntnis ist doch wohl der Grund, weshalb Sie mich aus meiner Pachtung heraushaben möchten. Aber mit der bloßen Wiedervereinigung wäre noch nichts gewonnen. Man muß auch Geld hineinstecken können — heillos viel Geld. Wenn Sie das nicht wollen, nützt Ihnen Grabow gar nichts, Herr von Prettin.“

Joachim hatte ihn reden lassen; nun aber war ein wenig ermutigender Klang höchsten Besremdens in seiner Stimme.

„Ich habe nicht das Vergnügen, den Sinn und den Zweck dieser unerbetenen Darlegung zu verstehen. Und ich warte noch immer auf den Vorschlag, den Sie mir machen wollten.“

„Er kommt schon. Auch ich möchte Hohen-Rauten und Grabow in einer Hand vereinigt sehen; aber ich möchte, daß es meine Hand wäre. Rundheraus, Herr von Prettin, und ohne Umstände: ich bin bereit, Ihnen den ganzen Besitz abzukaufen.“

„Sie?!“

„Jawohl. — Und zwar unter Bedingungen, wie Sie Ihnen wahrscheinlich günstiger kein Mensch auf der ganzen weiten Gotteswelt proponieren würde. Ich sagte Ihnen ja schon, daß ich nun mal in dies Erdenfledchen verliebt bin, und da ich mit der Absicht umgehe, mich demnächst zu verheiraten —“

„Bitte — Sie brauchen sich nicht mit weiterer Begründung zu bemühen. Es wäre zwecklos, da ich gar nicht daran denke, den alten Besitz meiner Familie zu verkaufen. Es ist mir vollkommen unerfindlich, wie Sie auf den Gedanken an eine solche Möglichkeit verfallen konnten.“

„Finden Sie den Gedanken wirklich so sonderbar? — Ich für meine Person halte ihn für sehr nabeliegend. Natürlich haben Sie den Besitz mit der Hoffnung und der Absicht angetreten, wieder daraus zu machen, was er vielleicht vorzeiten mal gewesen ist. Aber ohne die Aufwendung eines Niesentkapitals, das dürfen Sie mir schon glauben, wäre doch alles verlorene Liebesmüh“. Sie würden ein paar von Ihren besten Lebensjahren für eine ganz nutzlose Schinderei ausopfern. Und nach zwei oder drei Jahren, wo Sie ohne allen Zweifel sehnsüchtig nach einem Käufer ausschauen würden, zahlt Ihnen kein Mensch auch nur die Hälfte von dem, was Sie heute von mir haben können — auch ich zahle es Ihnen dann natürlich nicht mehr.“

Joachim von Prettin gab seinem Schreibfessel einen Ruck, und seine sehr ungewöhnliche Handbewegung schnitt dem Besucher die Weiterrede ab.

„Nun ist es genug, Herr Tefmar! Ich verkaufe Hohen-Rauten weder heute noch in zwei Jahren. Und wenn ich es jemals verkaufen sollte, Ihnen würde ich es sicherlich auch dann nicht geben — nicht für fünf Millionen.“

„Alle Wetter — das nenne ich eine kategorische Ablehnung“, sagte Tefmar. „Vermutlich paßt nach Ihrer Auffassung meine unbedeutende Person nicht zu den ruhmvollen Traditionen dieses Hauses.“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter für das Land. In der Beschaffung von Arbeitern für das Land will die Regierung nunmehr ernst machen. Bezugnehmend auf die Verfügung vom 19. März sollen die Arbeiter in Großstädten, die früher schon auf dem Lande tätig waren, angehalten werden, wieder auf das Land zu gehen. Für angemessenen Lohn und gute Unterkunft will die Regierung sorgen.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs. In der Donnerstag-Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung wurde ein Antrag Hauptmann einstimmig angenommen, wonach im Artikel 19 Abs. 24 die konditionelle Fassung der Regierungsvorlage in folgende positive Fassung umgeändert wird:

Deutsch-Oesterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat, mit der seiner Einwohnerzahl entsprechenden Stimmenzahl; bis zur reichsgesetzlichen Regelung haben die Vertreter Deutsch-Oesterreichs beratende Stimme. In der vorhergehenden Beratung hatte der Vertreter Deutsch-Oesterreichs, Dr. Ludo Hartmann, den Wunsch ausgesprochen, daß den Vertretern Deutsch-Oesterreichs Gelegenheit gegeben werde, bei der weiteren Beratung der Verfassung an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen zu können. Hoffentlich seien die Verhandlungen bald so weit geführt, daß dies möglich werde.

England.

Die Dienstpflicht im englischen Unterhause angenommen. Im Unterhaus wurde die Dienstpflicht ohne Verbesserungsantrag angenommen. Ein Vorschlag, das Inkrafttreten der Vorlage auf den 31. Dezember 1919 (statt den 30. April 1920) festzusetzen, wurde mit 282 gegen 70 Stimmen verworfen. Ein weiterer Verbesserungsantrag, die Pflicht zum Dienst in Rußland auszuschließen, wurde mit 282 gegen 48 Stimmen verworfen.

Frankreich.

Der Mörder Jaures. Der Pariser Prozeß gegen Billain, den Mörder Jaures, hat begonnen, besondere Sensationen aber bis jetzt nicht gebracht. Ein Sachverständiger hat den Versuch gemacht, den Angeklagten als nicht zurechnungsfähig hinzustellen; er sei erblich belastet und habe in patriotischer Erziehung gehandelt. Einen Zwischenfall gab es durch die Aussage eines Zeugen, der berichtete, daß er einige Sekunden vor dem Attentat einen großen hartlosen Unbekannten den Vorhang im Cafe aufheben und auf Jaures gehen sah. Das würde auf einen Mitschuldigen schließen lassen. Das Gericht sah indessen darüber hinweg. Der Gerichtshof stellte nur fest, alle Nachforschungen nach dem Unbekannten seien vergeblich.

Spanien.

Standrecht über ganz Spanien. Madrid, 27. März. Ueber ganz Spanien wurde das Standrecht verhängt.

Nach einer Havasdepesche aus Spanien fordern die in Barcelona im Ausstand befindlichen Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft die unverzügliche Entlassung der mobilisierten Arbeiter. Man erwartet, daß die Zeitungen ihr Erscheinen wegen des Streiks einstellen müssen. Eine Strömung für den Generalfreikampf macht sich in Cordova geltend.

Wie gut unterrichtete Kreise erfahren haben, hat Graf Romanones dem Könige infolge der Konflikte die Vertrauensfrage gestellt.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 28. März 1919.

Zum 29. März: Sonnenaufgang 5,46, Sonnenuntergang 6,25, Mondaufgang 4,17, Monduntergang 9,36.

Wetter:

Mild, veränderlich, überwiegend bewölkt, öfter Regen, frische Südwestwinde.

—g. Zwei hochinteressante Mitteilungen veröffentlicht der Magistrat im heutigen Anzeigenteil. Erstens gibt es jetzt Gas morgens, mittags und abends und zweitens beginnt ab Sonntag wieder der Straßenbahnverkehr. Auch für die Strandbahn wird des nachmittags in weiterer Zug eingeleitet.

— Ein Militärverorgungsgericht ist dem hiesigen Oberverwaltungsamt angegliedert worden. Das Militärverorgungsgericht entscheidet über alle sich aus dem Militärverorgungs-gesetz ergebenden strittigen Ansprüche von Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen. Im ganzen Reich werden vermutlich 78 Gerichte errichtet. In Pommern wird außer Köslin nur Stettin diese Einrichtung besitzen.

Bekanntmachung.

Die Steinleger-Arbeiten (ausschl. Materiallieferung) zur Unterhaltung bzw. Neupflasterung von Straßen und Bürgersteigen sollen für das Rechnungsjahr 1919/20 vergeben werden.

Die Bedingungen liegen im Zimmer 4 des Stadthauses, Lazarettstraße 8, zur Einsichtnahme aus. Schriftliche und versicherte Angebote mit der Aufschrift „Vergebung der Pflasterarbeiten“ sind bis Donnerstag, den 10. April d. Js., mittags 12 Uhr, dorthin einzureichen.

Der Magistrat.

Veranlagung zur Kanalgebühr 1919.

Unter Bezugnahme auf § 17 der Kanalgebührenordnung vom 25. 2. 1913 werden die Hausbesitzer bzw. die Verwalter aufgefordert, die ihnen zugehenden Aufnahmescheine gewissenhaft auszufüllen und vom 1. April ab zur Abholung bereit zu halten.

Köslin, den 26. März 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Biennenzähler werden auf die Bekanntmachung des Kreis-ausschusses vom 21. März d. Js., Nummer 28 des „Kösliner Kreisblattes“ hinsichtlich Zuteilung von Biennenzähler nochmal hingewiesen.

Köslin, den 28. März 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom Sonnabend, dem 29. d. Mts., ab wird die Gasabgabe bis auf weiteres in folgender Weise stattfinden:

von morgens 6,30 Uhr bis 8 Uhr,
von mittags 11 Uhr bis 1 Uhr und
abends vom Beginn der Dunkelheit bis 10 Uhr.

Köslin, den 28. März 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom Sonnabend, dem 29. d. Mts., ab wird nachmittags ein Strandbahnzug eingelegt. Die Zugfolge des Nachmittags ist:

ab Köslin 2 Uhr,
ab Neß 3 Uhr,
ab Köslin 4 Uhr,
ab Neß 5 Uhr.

Der Stadtbahnverkehr wird am Sonntag, dem 30. d. Mts., für unbestimmte Zeit wieder aufgenommen. Die Sonderwagen zu dem Morgen- und Nachtzug der Staatsbahn können vorläufig noch nicht verkehren.

Köslin, den 28. März 1919.

Der Magistrat.

—g. Zwei Einbrecher verhaftet. Von den an dem Einbruchsdiebstahl in das Landratsamt beteiligten Einbrechern wurden gestern auf dem Hauptbahnhof Parpat und Berger in dem Augenblick von der hiesigen Polizei verhaftet, als sie aus dem von Berlin hier eintreffenden Zuge flogen. Ein Dritter, namens Max Sager, konnte in Charlottenburg erastriert werden.

— Ein Jubiläum des Bundes der Landwirte. Am 1. April dieses Jahres sind 25 Jahre verlossen, seit in Stettin die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte für Pommern begründet wurde. Mit ihr zusammen trat das Wochenblatt „Bund der Landwirte für Pommern“ ins Leben. Geschäftsstelle und Zeitung können daher am 1. April auf die gemeinsam zurückgelegte Strecke eines Vierteljahrhunderts zurückblicken.

— Belgard. In der ersten Stadtverordnetenversammlung verpflichtete Bürgermeister Trieschmann die Stadtverordneten durch Handschlag. Lehrer Pagel wurde Vorsitzender. Die Versammlung genehmigte die Kosten für die Reuanstellung eines Lehrers und einer Lehrerin und gewährte über den Antrag des Magistrats hinaus noch die Kosten für die Vertretung zweier Lehrstellen mit dem Zusatz: im Bedarfsfalle.

Es entspann sich über die Beibehaltung oder Abschaffung des Arbeiterrats eine sehr lebhafte Debatte, in deren Verlauf der Bürgermeister Dr. Trieschmann den Antrag auf Stellung der Vertrauensfrage für sich beantragte. Die Versammlung sprach dem Bürgermeister mit großer Mehrheit ihr Vertrauen aus. Nach langem Hin- und Herbattieren wurden die Kosten für den Arbeiterrat seitens der Versammlung abgelehnt. Bis her hatte der Kreis Belgard die gesamten Kosten für den Arbeiterrat getragen und war nun an die Stadt mit dem Antrage herangetreten, die Stadt sollte die Kosten für drei Mann mit zwölf Mark pro Tag übernehmen.

— Klempin bei Belgard Ein schweres Brandunglück ereignete sich in dem Hause des Arbeiters Franz Jahne hier. Beim Nachfüllen des Petroleums auf die Laterne schlug die Flamme in das Öl der Laterne; im Augenblick zündete die Flamme die in der Nähe stehenden Betten und hängenden Sachen. Es gelang dem schon schlafenden Vater seine Kinder bis auf zwei Knaben den Flammen zu entreißen. Zwei Jungen im Alter von 5 und 6 Jahren konnten nicht gleich geborgen werden. Da sie schon in ihren Hemden waren, erlitten sie am ganzen Körper schwere Brandwunden. Als ein Arzt eintraf, war der jüngere Knabe schon seinen schmerzhaften Verletzungen erlegen. Der ältere starb am anderen Morgen. Das Feuer konnte im Keim erstickt werden.

—r. Stepen. (Kreis Bublitz.) Besitzwechsel. Das hiesige Nittergut, früher der Familie Gorb gehörig, ging durch Kauf abermals in anderen Besitz über. Während des Krieges war Besitzer erst ein Herr Deimert, zuletzt Nittergutsbesitzer Raubmeier-Klein-gutkow (Kreis Bütow).

— Parahlin bei Polzin. Frau Nittergutsbesitzer Meinede-Parahlin verkaufte ihr Nittergut, etwa 2000 Morgen groß, an Domänen-pächter Brede aus Braunschweig für 865 000 Mark.

— Kauenburg. Hotelverkauf. Das Bahnhofs-Hotel ging für den Preis von 75 000 Mark in den Besitz des Restaurateurs Otto Grubbe über.

— Zülchow. Töblich verunglückte am Freitagabend der Arbeiter Stengel aus Stettin-Bredow hier auf einem Grundstücke der Chaussee-straße. St. wollte eine Fuhre Kohlen dahinbringen. Er spannte das Pferd am Eingang der abschüssig in den Hofraum führender Auffahrt aus und wollte das Fuhrwerk, in der Schere ziehend, auf den Hof bringen. Dabei verlor er die Gewalt über den Wagen, der ihn so gegen das Hinterhaus quetschte, daß er auf der Stelle tot war. Die Leiche wurde in die hiesige Leichenhalle geschafft.

Vermischtes.

— Warum wir keine Fische bekommen. Diese Frage beantwortete sich bis vor kurzem leicht. Jeder kannte den Druck der englischen Blockade, die sich infolge des unglückseligen Waffenstillstandes auf alle deutschen Küsten erstreckte. Mit Benutzung hörte man, daß neuerdings große fischreiche Gebiete der Nordsee freigegeben sind; aber die Fische bleiben aus. Nach wie vor dürfen die Fischdampfer aus Hamburg oder Geestmünde nicht auslaufen. Die Engländer haben nichts dagegen; der Marinerat verbietet es. Diese Parteigänger von Spartakus stellen die Bedingung, daß erst das ganze Fischereigewerbe sozialisiert werden muß, anderenfalls darf eben nicht gefischt werden. Daß dadurch ein ergiebiger Zufluß zu unserer sowieso schwachen Ernährung unterbunden wird, sieht diese Freunde des Proletariats

nicht an. Je größer die Hungersnot, desto schneller ja der Sieg der Volksgewalt.

— Raubüberfall. Ein frecher Raubüberfall ist Donnerstag nachmittag gegen 2 Uhr im Bankgeschäft von Martin Blumenthal in Oranienburg verübt worden. Zu dieser Zeit erschien ein unbekannter Mensch im Alter von etwa 22 Jahren im Kontor, in dem sich nur allein der älteste Sohn von Blumenthal befand und forderte diesen auf, den Geldschrank zu öffnen und das Geld herauszugeben, indem er ihn gleichzeitig mit einem geladenen Revolver bedrohte. Blumenthal erklärte, den Schlüssel zum Geldschrank nicht zu besitzen, sodas sich der Räuber damit begnügen mußte, Blumenthal selbst einer Verlesung zu unterziehen, wobei ihm eine Brieftasche mit 250 Mark bares Geld in die Hände fiel. Mit dieser Beute konnte der Räuber aus dem Geschäft-Portal flüchten und ist entkommen.

— Erfahrungen mit dem Achtstundentag. Die Arbeitgeber sprechen sich nach den vorliegenden Berichten der deutschen Handelskammern allgemein gegen die verkürzte Arbeitszeit aus. Durchaus schädlich ist der Achtstundentag in all den Betrieben, die Stoffe verarbeiten, deren Zufuhr nur innerhalb gewisser Zeiträume zu erwarten ist, und die sofort nach Eingang verarbeitet werden müssen. Es handelt sich dabei besonders um die Betriebe, die von dem Eingang leicht verderblicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse abhängig sind. Da die Rube auf dem Lande täglich zweimal gemolken werden, erfolgt die Milchlieferung in einem Abende von rund 12 Stunden. Die Käseereien und Molkeereien sind daher vom Achtstundentag besonders betroffen und müssen, um überhaupt noch rationell weiterarbeiten zu können, die gleiche Arbeitszeit erhalten, wie die Landwirtschaft und deren Nebenbetriebe. — Auch die chemische Industrie, in der die Vertikalisierung gewisser Fabrikate einen zeitlich beschränkten mehrstündigen Arbeitsgang erfordert, ist durch den Achtstundentag, der auf die Produktions-einheiten keine Rücksicht nimmt, geschädigt. In den angebrochenen Stunden vor Arbeitschluss kann das Personal nicht genügend beschäftigt werden. Eine chemische Fabrik berechnet bei der Verkürzung der Arbeitszeit um 33% Prozent einen Produktionsausfall von 50 Prozent. Verhältnismäßig schädlich ist der Achtstundentag überall da, wo mit zweimaliger Schichtwechsel bisher 12-stündig gearbeitet wurde. Ein zweimaliger Schichtwechsel bedeutet einen größeren Schaden, als nur einmaliger Schichtwechsel.

Selbstverständlich ist allen Betrieben die Erhöhung der Löhne schädlich, wo neue Arbeitskräfte wegen Verkürzung der Arbeitszeit eingestellt werden müssen. Die Arbeiter selbst haben sich bis jetzt irgendwie maßgeblich noch nicht zu dem Achtstundentag geäußert. Bei dem Zwang zu produzieren, um die notwendigen Lebensmittel einzuführen zu können, ist die von radikaler Seite befürwortete weitere Verkürzung der Arbeitszeit heute nur als verbrecherisch zu bezeichnen.

Das Wetter der letzten Woche.

(16. bis 23. März 1919).

Im größten Teile Deutschlands hatte das Wetter in der letzten Woche wieder ein durchaus winterliches Gepräge. Nur an wenigen Orten, hauptsächlich im Westen, wurden in ihren ersten Tagen noch 5 Grad Celsius überschritten, während der Nächte herrschte anfangs meist gelinder Frost. Dabei war der Himmel weit überwiegend bewölkt und fanden zahlreiche Regen- und Schneefälle statt. Am Mitte der Woche klärte sich bei frischen östlichen Winden das Wetter in den meisten Gegenden auf, worauf überall eine stärkere Abkühlung eintrat. In der Nacht zum Donnerstag brachten es beispielsweise Berlin auf 7, Bromberg, Königsberg i. Pr. und Memel auf 11, Dieröde, Ortelsburg und Jüterburg auf 12, Landsberg a. W., auf 13, Marggrabowa auf 14 und Deutsch-Krone auf 15 Grad Kälte. Selbst die Mittagstemperaturen blieben am Mittwoch und Donnerstag an vielen Orten, besonders des östlichen Niedegebietes, unter dem Gefrierpunkt. Schon im Laufe des Donnerstags nahm die Bewölkung von neuem zu. Nur wenig später stellten sich im mittleren Norddeutschland abermals weitverbreitete, obgleich im allgemeinen geringe Niederschläge, hauptsächlich Schneefälle ein, die sich bis zum Schluss der Woche öfter wiederholten und zugleich weiter nach Südwesten ausdehnten, während die Kälte an Strenge allmählich nachließ.

Briefkasten.

— S. W. 7. Am hiesigen Orte besteht ein Verein für Heimatkunde und Heimatpflege. Nähere Auskunft erteilt gern Postsekretär Johannes Spielberg, Wilhelmstraße 2.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptredakteur Alfred Schwinger, für den lokalen und provinziellen Teil Hans Robert Utsch, für den literarischen und redaktionellen Teil Max Spang, für den Anzeigenteil Hans Reinefeld. Druck und Verlag: Fürstentumer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Neu erschienen:
K. F. Koblhoff
Neue Heimatkunde von Pommern
auf geologischer Grundlage.
Mit vielen Karten, Abbildungen und Profilzeichnungen.
Preis Mk. 8,80
(einschließlich Kriegszuschlag).
Zu haben
in sämtlichen Buchhandlungen
sowie direkt beim Verlage:
Fürstentumer Zeitung A.-G., Köslin.

Am Mittwoch, dem 2. 4., nehmen wir in Köslin, Hohenfelde und Altbanzin

Schweine und Ferkel
ab. Anmeldungen bis Dienstag erbeten.
Kösliner
Viehverwertungs-Genossenschaft.

Pensionärin v. Lande gef.
Angebote u. E. 253 an die Geschäftsstelle d. Ztg.
Eine guterhaltene
Polstergarnitur
wegen Verkleinerung der Wirtschaft zu verkaufen.
E. Buchholz,
Kogzower Allee 49.

Nähfaden schwarz u. weiß, beste Zellstoff-ware, 10 Rollen 10 M., 4 Proberoll. 4.40 M. H. Flügge, München 45 138.
Dunkelblauer oder grauer
Blusenrock
zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter E. 255 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Neuer Sommerüberzieher
dunkler
Mittl. z. verk. Wo? i. d. Exp. d. Ztg.

Halbverdeckt-Wagen
sehr gut erhalten, zu verkaufen. Zu besichtigen in der
Wagenfabrik Hoffendahl,
Hohetorstr.

Echte
Gummisauger
ohne Naht.
J. Nowak,
Drogerie.

Bettmatten
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Aust. umsonst.
Sanis-Verband München. 411.

Hautjucken
(Krätze) beseitigt in 2 Tagen
Grebbehan 1. Pr. Mk. 4.50.
Flechten
jeder Art, Hautausschl., Haut-unreinig., Mittelser, Haarausf., Schupp., alt. Beineleid., Krampfadern, bestes Mittel:
Grebbehan 2. Pr. Mk. 4.50.
Apoth. Grebe Laborator.
Charlottenburg V. 105.

Kaufe jeden Posten
Kopshaare.
Angebote mit Preis zu richten an M. Kottke, Stettin, Vorstr. 88.

Rechnungen
Mitteilungen
Quittungen
Aufklebe-Adressen
mit Begleitadressen
/ in Blocks /
hat vorrätig
„Fürstentumer Zeitung“
A.-G.

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines kräftigen, gesunden
Töchterleins
zeigen in dankbarer Freude an
Oberleutnant d. R. und Bezirks-Adjutant Manke
und Frau Elfriede geb. von Groß,
Staroard i. P., den 25. März 1919.
Barthigerstr. 1.

Am 26. d. Mts. verschied nach längerem Leiden im
92. Lebensjahre der

Amtsgerichtsrat a. D. Herr Gustav Zimmer.

Der Entschlafene, welcher seit dem 1. Dezember 1872
dem damaligen Kreisgericht und seit dem 1. Oktober 1879
bis zum Jahre 1900 dem hiesigen Amtsgericht angehört
hat, war ein selten tüchtiger und pflichttreuer Beamter, ein
Mann mit festem, geradem Sinn, dessen ernstes Streben
stets auf Wahrheit und Recht gerichtet war. Wir werden
ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Köslin, den 28. März 1919.

Der Präsident
und die Mitglieder des Landgerichts,
die Mitglieder des Amtsgerichts,
der Erste Staatsanwalt und die Mitglieder
der Staatsanwaltschaft,
die Rechtsanwälte.

Liebe Kameraden

vom

Schwarzen Kragen!

Noch ist nicht Frieden im Vaterland!
Eure engere Heimat, das geliebte Pommernland ist in Gefahr!
Die Polen stehen vor den Grenzen!

Kommt - helft und meldet euch wieder bei den
Kanonen!

Alle gedienten Artilleristen - egal in welchem
Regiment gedient, sind willkommen!

Militärische Disziplin - Vertrauensleute - kein Soldatenrat.
Mobile Löhnung und 5 Mark Tageszulage vom Tage der Mel-
dung an. - Familienunterstützungen nach Kriegsbestimmungen.
Volle Verpflegung, 14tägige Kündigung.

J. U.: v. Stumpf, Major. J. U.: v. Scotti, Hauptmann.

Anmeldung und Auskunft mündlich oder schriftlich beim

1. Pom. Feld-Art.-Regt. 2, Kaserne Kolberg.

Aufruf!

Unser geliebtes Vaterland ist in
schwerer Gefahr.

Ein Gewaltfriede soll uns diktieren. Die übermütigen Polen
wollen zu ihrem bisherigen Raube jetzt noch rein deutsche Gebiete an
sich reißen. Es besteht die Gefahr, daß Millionen von Deutschen dem
Vaterlande verloren gehen. Dieses muß verhindert werden. Deshalb
heißt es jetzt

Freiwillige

vor. Jeder waffenfähige Deutsche stelle seine Kräfte
dem Vaterlande zur Verfügung.

Das

6. Pommersche Infanterie-Regiment Nr. 49

stellt stets Freiwillige ein.

Werbestelle: Garnisonkommando Köslin, Neue Kaserne.

Bedingungen: Grundlohnung 30 Mark,
Aufzüge nach ihrem Dienstgrade,
Alle tägliche Zulage 5 Mark,
Freie Verpflegung und Unterkunft.
Mitbringung des Entlassungsanzuges erwünscht, der ab-
geschätzt und vergütet wird.

Nichtausgebildete des Jahrganges 1900 und Jüngere können vor-
läufig nicht eingestellt werden.

Böhme,
Oberleutnant und Führer
des 6. Pomm. Inf.-Regts. Nr. 49.

Für Seminaristen (Kriegsteilnehmer) werden
zum April
möblierte Zimmer mit Beköstigung
gesucht. Angebote werden sofort erbeten.
Die Seminardirektion.

Dem hochgeehrten Publikum von Köslin und Umgebung hiermit zur gefälligen Kenntnis,
daß die unterzeichneten Firmen von Köslin

keine Reisenden angestellt haben, welche berechtigt sind, auf die Namen
der unterzeichneten Firmen Aufträge für Vergrößerungen
entgegenzunehmen.

Die unterzeichneten Firmen übernehmen keine Verantwortung für solche Aufträge.
Klage ist gegen diese, unter falschen Angaben arbeitenden Leute erhoben worden.

Vergrößerungen nach jedem Bilde

werden von den unterzeichneten Firmen nur in ihren betreffenden Geschäftslokalen entgegen-
genommen, eine saubere Arbeit und Rehnlichkeit zugesichert.

Atelier Th. Kannenberg vorm. E. Müller.

Atelier Otto Verra Nachf.

Atelier E. Ziemer Nachf.

Voranzeige.

Ich beehre mich hierdurch anzuzeigen, daß ich in den
nächsten Tagen in den Räumen

Bergstraße 32

(gegenüber Kaffee Pohlenz) ein

Spezialgeschäft in

Putz u. Modewaren

eröffnen werde. Der Eröffnungstag wird noch bekannt ge-
geben und bitte ich, die diesbezügliche Anzeige in der
kommenden Woche zu beachten.

Mit aller Hochachtung
Frau Magdalene Küter.

Vom 30. März d. Js. ab befinden
sich meine Geschäftsräume im Hause des
Herrn Kaufmanns Walter Lüdke, hier-
selbst, Markt Nr. 2.

Ernst Sachse,

Justizrat,

Rechtsanwalt und Notar.

Zu herabgesetzten Preisen Briefpapiere in Mappen

25/25 Inhalt Orient	2,25
25/25 Inhalt Phänomen	2,50
25/25 Inhalt Glückspost	2,75
5/5 Inhalt Briefmappe	0,25

empfiehlt

Fürstentümer Zeitung A.-G.

Köslin.

Bei eintretenden Sterbefällen übernimmt das Beerdigungs-Institut und Vargmagazin

Hohetorstr. 37 **Wilhelm Fischer** Hohetorstr. 37

die vollständige Besorgung und Ausführung des Begräbnisses

Großes Lager aller Arten Särge und Ausstattungen.

Aberführung der Leichen von und nach außerhalb.

Zum Waschen und Einleiden stelle eigene Leichenfrau zur
Verfügung. + Bestellungen erbitte in meinem Geschäft
oder unter Telephon Nr. 270.

Die allseitig als vorzüglich anerkannte
Bohnermasse
goldgelb, auch weiß, ist wieder neu eingetroffen.
J. Kleinodt,
Hohetorstraße 6.

Arbeitsmarkt.

Ein
Stellmacher
mit Handwerkzeug und ein ordentl.
Arbeiter
zu den Pferden sofort gesucht.
Gustav Mancke.

Unverh., durchaus anständig.
zuverlässiger Mann
für einfach, klein, herrschaftl. Land-
haus bei bescheidenen Ansprüchen
gesucht, der sich keiner Arbeit scheut,
ehrlieh, Garten, Kleinvieh, etwas
haus- und landwirtschaftl. Arbeiten
verjorgt. Näheres, Gehaltsforderg.
Haus Eickstedt,
Post Groß-Jeslin.

Schweizer
auf frei-, Unter- und Lehrstellen
sucht Jos. u. I. 4. Erdmann Müller,
gewerbsmäßiger Stellvermittler,
Stolp, Bahnhofstr. 13, Tel. 543.

Einfacher, tüchtiger, verheirateter
Wirtschaftler
gesucht. Zeugnisabschr. erbittet
Schmeling, Dolgenow
bei Nelep, Kr. Schw. Bhein.

Einen Arbeiter
sucht sofort
Tredner,
Neutlenger-Chaussee 17.

Gärtner
24 Jahre, ledig, sucht zum 15. 4
selbständige Stellung in größerer
Gärtnerei. Off. mit Lohnangabe u
§. 256 an die Geschäftsst. d. 319

Militärischer Verhältnisse wegen
suche sofort oder später einen
Gärtnerlehrling.
Schloßgärtnerei Parsow
bei Ralstow.

Mädchen
für Küche und Haus zum 1. April
gesucht, Landwirtschaft nicht vorh.
Pfarrhaus Schweslin, Kr. Köslin.

**Grundstücks- und
Geldverkehr.**

Grundstücksverkauf,
Größe 50 Morgen, mit gutem In-
ventar verkauft
Reddemann, Barzhmin.

Villa
in Großmüllern sogleich zu verkaufen.
Auskunft wird erteilt im
Bankgeschäft Schrader.

Bauerhof
ca. 70 Morgen, im großen Dorf
an Chaussee und Bahn, zu ver-
kaufen. Näheres
Lüttichwager, Quebeckstr. 4.

7-8000 Mark
auf sichere Hypothek zu verg. Wo?
sagt die Expd. dieser Zeitung.

Wohnungen, Zimmer.

Jünger. Bankamter
sucht zum 1. 4. 19.
möbl. Zimmer
möglichst mit voller Verpflegung.
Angebote unter G. 257 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes er-
beten.

Panamahüte

erbitte zur Wäsche.

Erich Görth,

Hohetorstr. 8.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit

Ohrgeräusch, nerv. Oh schmerz,
über unsere tausendfach bewährten,
patentamtl. geschützten Hörrommeln.
Bequem und unsichtbar zu tragen.
Glänz. Auerlenmengen.

Ganis Versand München 411

Interessante Bücher
Verzeichnisse gratis und franco.
R. Koverlag München 23.

Radfahrer-Verein Altbelz u. Umgegend.

Sonntag, den 29. März

Großer Ball und Kappenfest

im Gasthof Schneider.
Abfang 6 Uhr nachm. Gäste
sind willkommen.

Der Vorstand.

Kirchliche Anzeigen.

Sonntag, den 30. März 1919.

St. Marienkirche.

9 Uhr Einsegnung der Mädchen.
Beichte u. heil. Abendmahl.

P. stor Lettenborn.

11 Uhr Einsegnung der Knaben,
Beichte und heil. Abendmahl.

Pastor Lettenborn.

2 1/2 Uhr Kindergottesdienst.
Kandidat Runkel.

5 Uhr Gottesdienst.
Superint. Lic. Meyer.

Jungfrauenverein 8 Uhr.

Jünglingsverein 7:30 Uhr Verf.

10 1/2 Uhr Gottesdienst im Gemeinde-
haus.

Pastor Bärwald.

11 1/2 Uhr Gottesdienst und Ein-
segnung der Leuchtkammer.

Pastor Banjelow.

St. Georg-Hospital.

9 Uhr Gottesdienst.
Superint. Lic. Meyer.

Donnerstag, den 3. April.

8 Uhr Passionsgottesdienst.
Superint. Lic. Meyer.

Schloßkirche.

10 Uhr vorm. Gottesdienst.
Superintendent Braum.

Kapelle des Kadettenhauses.
10 Uhr vorm. Gottesdienst.
Pfarrer Heine.

Diakonissenanstalt Salem.

10 Uhr Gottesdienst (Einsegnung).
Pastor Coers.

11,30 Uhr Kindergottesdienst.

Montag den 31. März.

5 Uhr nachm. Passionsgottesdienst.
Methodistengemeinde.
(Bibliothekstr. 24.)

Sonntag vorm. 10 Uhr und abends
7,30 Uhr Predigt.

Prediger Schmeißel-Königsberg Pr.
Freitag abend 8 Uhr Bibelstunde.

St. Josephskirche.

8 Uhr Militärgottesd. entf.

10 Uhr Hochamt.

6 Uhr Fastenpredigt.

Kösliner Veranstaltungen.

Freitag, den 28. März. 5
Uhr.
Stadtverordnetenversammlung nachm. 5
Uhr.

Frauenbund der deutschen Kolon-
Gesellschaft, nachm 5 Uhr Haupt-
versammlung bei Lüdke (kleiner
Saal).

Gastwirtsverein, nachmittags 5 Uhr
Schnitzung bei Hammer.

Verein selbständiger Gewerbetrei-
bender, abends 7 Uhr Hand-
werkerversammlung bei Zels (H.
Saal).

Anzeigen aus Janow.

Janow, den 26. März 1919.

Bekanntmachung.

Unter dem Pferdebestande des
Aderbürgers Richard Jahnke, hier,
ist die Rinde ausgebrochen.
Die Polizeiverwaltung.

Freiwillige Versteigerung.

Montag, den 31. März, nachm.
1 Uhr, versteigere ich auf meinem
Grundstück in Janow, Hinterstr. 111,
gegen sofortige Barzahlung:

1 fast neuen Dampfessel,
1 frischmilchende Kuh,
1 Düng, 1 Egge, 1 Kofwerk,
1 Reinzugsmaschine, fast neu,
1 Häckselmaschine,
1 Dreheisen,
1 Aderwagen,
1 Ausfahrtschlitten,
1 Karoffelflug, 1 Marktbude
u. a. Gegenstände.

Nach der Versteigerung verkaufe
ich die Ländereien und Seewiese
von der früher Pöhlischen Wirtschaft.

A. Fischer, Janow.